

BILDUNG IN NOT

Rektoren fordern zwei Milliarden Euro und mehr

Uni-Konferenz. Auch Probleme mit Privat-„Unis“

Es sei ein erfreulicher Zufall, sagt Oliver Vitouch, dass die Präsentation der Forderungen in seinem Gepäck just zur Zeit der türkis-grünen Koalitionsverhandlungen fällt: Vitouch ist nämlich nicht nur Rektor der Uni in Klagenfurt, sondern gleichzeitig Präsident der Universitätenkonferenz, dem Dachverband aller 22 öffentlichen Unis. Das Ergebnis der kürzlich abgehaltenen Klausur der Rektoren – sieben konkrete Forderungen an die nächste Regierung:

- **Erhöhung** des immer für drei Jahre fixierten Uni-Budgets um zusätzlich 2,1 Milliarden Euro auf 13,1 Milliarden Euro. Begründet wird das mit höheren Kosten für Gehälter, Verbesserung des Betreuungsverhältnisses (Studenten/Lehrende) und bauliche Maßnahmen.
- **Bessere Grundlagenforschung** durch mehr Geld für den Wissenschaftsfonds FWF, inklusive Forschungsfinanzierungsgesetz mit fixem Wachstumspfad. Alle vergleichbaren Länder – von der Schweiz über Deutschland, Holland, Schweden bis Israel – würden deutlich mehr Geld für Unis und Forschung aufwenden.
- Ein eigenes **Wissenschaftsministerium**, wo alle Belange auch der Forschung, Innovation und Technologie zusammengeführt werden.
- **Neuregelung des Studienrechts** nach dem Motto „fördern und fordern“. Etwa in Form von Abmachungen

(„Learning Agreements“) zwischen Unis und Studierenden, um beispielsweise weit fortgeschrittene Studenten kurz vor dem Abschluss, deren Studienfortschritt aber stagniert, mit einem Stipendium oder einem Erlass der Studiengebühren zu fördern. Oder aber bei längerer Untätigkeit die Inskription erlöschen zu lassen.

- **Weiterentwicklung der bestehenden Regelungen zum Hochschulzugang.**
- **Problematisch** wird die **Regelung für Privatunis** gesehen, die oft weder privat (sondern von den Bundesländern finanziert) noch Unis seien, weil dort gar nicht geforscht werde. Im Endeffekt führe dies zu einer „Banalisierung des Universitätsbegriffs“.

Positiv seien etwa die neue Wiener Central European University oder die Paracelsus Privatuni. Die Rektoren wünschen sich einen Genehmigungsvorbehalt für alle aus öffentlichen Mitteln finanzierten Privatunis und eine Trennung in „echte“ Privatunis und Privathochschulen.

- „Unfug“ sei die Forderung nach einer **Erhöhung der Medizin-Studienplätze**. „Defizite im Gesundheitswesen, was Strukturschwächen anbelangt, sind nicht über das Universitätswesen lösbar“, sagt Vitouch. Damit gefährde man vielmehr die von der EU anerkannte Quotenregelung für die Studienplätze (75 Prozent sind Inhaber von Matura-Zeugnissen reserviert).

BERNHARD GAUL



JEFF MANGIONE

Vitouch: Forderung nach mehr Medizin-Studienplätzen sei „Unsinn“

ERMITTLUNGEN

Causa Ibiza: U-Haft gegen drei Verdächtige beantragt

Hinterleute. In der Causa Ibiza wurde Donnerstagnachmittag gegen mehrere Verdächtige die U-Haft beantragt. Bei den Personen soll es sich um den Bosnier S., den Serben K. und eine Frau handeln. Entschieden wird darüber am Freitag.

Die Verdächtigen sollen – in unterschiedlichen Rollen – in die Entstehung des Ibiza-Videos involviert gewesen sein. Und sie sollen alle aus dem Umfeld des Detektivs H. stammen, der in dem Video auch zu sehen ist.

K. soll laut Festnahmeanordnung auch nach der Veröffentlichung versucht haben, aus dem Video Profit zu schlagen. Er habe dem Ex-Vizekanzler Heinz-Christian

Strache damit gedroht, unveröffentlichte Passagen an die Öffentlichkeit zu bringen. Zumindest 400.000 Euro soll er dafür verlangt haben. Strache dementierte das am Mittwoch gegenüber dem KURIER: Er habe kein derartiges „Angebot“ erhalten.

Der Verdächtige S. wiederum soll bei den Vorbereitungsarbeiten mitgeholfen haben. Zudem soll er gegen Geld einen Medienmann mit Informationen versorgt haben, die sich dann als falsch herausgestellt haben sollen. Allerdings: Der Medienmann fühlt sich nicht geschädigt. Und S. beteuert: „Ich arbeite seit Februar nicht mehr mit den anderen zusammen.“

„Es gibt einfach keine Alternative zu unserem Planeten Erde“

KLIMAKRISE
SO KOMMEN WIR DA RAUSVON MARTIN STEPANEK
UND BARBARA WIMMER

Veranstaltung.

Beim futurezone Day diskutierten Experten über Klimaschutz und was Technologie dazu beitragen kann.

Was, wenn wir die Erde so zerstört haben, dass sie nicht mehr bewohnbar ist? Dann suchen wir uns einfach einen neuen Planeten. Trotz der rasanten Fortschritte in der Raumfahrt, ist das interplanetare Auswandern unrealistisch: „In unserem Sonnensystem gibt es einfach keine Alternative zu unserem Planeten Erde. Und genau deshalb müssen wir auf diesen so gut aufpassen“, sagt der renommierte Weltraumforscher Rudolf Schmidt. Er hielt am Donnerstag die Eröffnungsrede beim futurezone Day im Erste Campus in Wien. Dieser widmete sich heuer der Klimakrise.

Wenn man den Visionen des US-Milliardärs Elon Musk glaubt, könnten wir schon 2050 eine Stadt auf dem Mars haben. „Im Hochsommer hat es auf dem Mars minus 20 Grad, im Winter bis zu minus 100 Grad. Durch den geringen Druck und die geringe Atmosphäre müssten wir dauernd im Raumanzug herumlaufen“, erteilt Schmidt Hoffnungen von Marsenthusiasten einen Dämpfer. Eine Alternative könnte der Saturn-Mond Titan sein – theoretisch. Als einziger bekannter Mond unseres Sonnensystems verfüge er über eine Atmosphäre und flüssiges Wasser. „Das Wasser verbirgt sich unter einer 30 Kilometer dicken Eisschicht. Sehr einladend dort unten zu wohnen ist das also leider nicht“, sagt Schmidt.

Als Ausweg bleiben der Menschheit folglich nur die sogenannten Exoplaneten außerhalb unseres Sonnensystems. Ein aussichtsreicher Kandidat könnte „Gliese



FRANZ GRUBER

Rudolf Schmidt arbeitet bereits seit 1982 bei der europäischen Raumfahrtagentur ESA



FRANZ GRUBER

Der futurezone Day zählte heuer über 350 Besucher. Er fand im Erste Campus in Wien statt

570“ sein. „Das Problem ist: Wir brauchen 30.000 bis 40.000 Jahre, um dorthin zu fliegen“, merkt Schmidt an. Angesichts all dessen sei es unerlässlich, dass die Menschheit ihren eigenen Planeten, die Erde, schützen und lebenswert erhalte.

Leistungsfähige Technologie

In den anschließenden Diskussionsrunden sprachen Experten darüber, wie das gelingen soll. „Mit erneuerbaren Energien wird viel Effizienz zu erreichen sein, aber wir müssen diese in die Breite bringen. Die Frage ist auch, ob diese Maßnahmen reichen werden, um unseren wachsenden Energiehunger zu decken“, sagt Herbert Formayer, Klimaforscher an der

Universität für Bodenkultur in Wien. Um die Masse zu erreichen, müsse die Technologie zur Erzeugung von erneuerbarer Energie leistungsfähiger werden, argumentiert Stefan Haslinger, Physiker und Verkaufsleiter bei W&Kreisel. Er spricht damit etwa Solaranlagen an, die „auf jedes Einfamilienhaus drauf sollten“, aber die sich eben nicht jeder Hausbesitzer leisten kann.

Klimaaktivistin Katharina Rogenhofer appelliert hier auch an die Politik etwas zu unternehmen, damit Nachhaltigkeit nicht nur Privilegierten vorbehalten ist: „Es sollte nicht entscheidend sein, ob ich es mir leisten kann, mit dem Zug zu fahren und nicht zu fliegen, oder ob ich Bio-Ware aus der Region

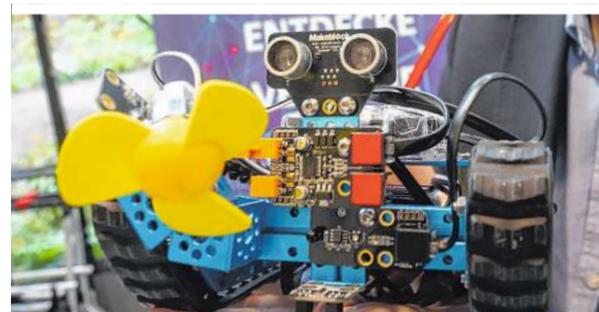
kaufe, statt importiertes Fleisch aus Argentinien. Warum sind die Rahmenbedingungen nicht so, dass es sich jeder leisten kann, klimafreundlich zu handeln?“

Unbequem

Abwarten und darauf hoffen, dass die Politik einschreitet oder etwas Besseres zur nachhaltigen Energiegewinnung daherkommt, sollte man aber nicht: „Wir können nicht auf neue Technologien warten. Unsere ökonomischen Systeme sind träge“, sagt Formayer. Jeder könne schon jetzt etwas unternehmen, auch wenn es unbequem sein könnte, sagt Albana Ilo, Professorin am Institut für Energiesysteme der TU Wien: „Wir müssen von einer Konsumgesellschaft zu einer Spargesellschaft werden und beispielsweise unsere elektrischen Geräte nicht wegschmeißen, sondern reparieren lassen. Das hilft auch dem Klima.“

Unbequem dürfte für einige auch die Prognose von Birgit Hebein, Vizebürgermeisterin von Wien (Grüne) sein: „Wir werden nicht daran vorbeikommen, Städte autofrei zu machen und alternative Fortbewegungsmittel anzubieten. In Öffis muss massiv investiert werden und wir müssen uns mit dem emotionalen Thema Auto auseinandersetzen.“

Auch die Wirtschaft sei hier gefragt, sagt Arno Klamminger von der Forschungseinrichtung AIT: „Solange Arbeitgeber ihren Mitarbeitern kostenlose Dienstautos zur Verfügung stellen, werden sie lieber diese verwenden, als etwa einen elektrischen Gratis-Stadtbus.“



FRANZ GRUBER

Beim Rahmenprogramm gab es selbstgebaute Roboter zu sehen



FRANZ GRUBER

Eine der Diskussionsrunden am futurezone Day mit Herbert Formayer, Birgit Hebein, Anna Lindorfer, Katharina Rogenhofer, Gerhard Wotawa und Claudia Zettel (Moderation)